



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/22

26. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Auswärtiger Dienst und Konfession	S. 1
Warum Plevan zu Truman fährt	S. 3
Die Bundesregierung und die Schwerbeschädigten	S. 5
Der Eseltritt für einen SED-Pfarrer	S. 6
Wie man das Kartoffel-Soll auch erfüllen kann	S. 7

Katholische Aussenpolitik

sp. Es ist ein seltener Vorgang, dass einem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der bekanntlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt, von diesem Ausschuss ein öffentliches Monitum erteilt wird. Anders ist die unter Nennung seines Namens erfolgte Zurückweisung der Angriffe des Abgeordneten Reismann (Zentrum) nicht zu werten, die er in der ersten Januar-Ausgabe des Wochenblattes seiner Partei gegen die Personalpolitik im Auswärtigen Dienst gerichtet hat. Die Zurückweisung ist, soviel wir wissen, einmütig erfolgt.

Reismann hatte sich in dem vom Auswärtigen Ausschuss beanstandeten Artikel insofern um die Personalpolitik besorgt gezeigt, als er glaubte, nachweisen zu sollen und zu können, dass bei der Verwendung von Anwärtern auf den neuen auswärtigen Dienst ganz einseitig Angehörige des früheren Auswärtigen Dienstes aus den Jahren vor und nach 1933 bevorzugt wurden, unter denen wieder besonders auffallend Angehörige des Kösener SC.

Diese Darstellung ist durchsetzt mit einer Reihe allgemein verdächtigender Bemerkungen gegen eine Anzahl von Personen, deren Namen aus Gründen der Vorsicht nicht genannt, aber in einen Zusammenhang gestellt werden, der für alle Kenner der Verhältnisse keinen Zweifel lässt, wer gemeint ist. Kein besonders vornehmes Verfahren. In

übrigen wird in dem Reismann-Artikel ganz übersehen, dass die personelle Besetzung der Verbindungs-Stelle zum Petersberg unter der Verantwortung des Bundeskanzlers ausschliesslich von seinem Mitarbeiter Ministerialdirektor Blankenhorn vorgenommen worden ist. Mit der Kritik an der Verbindungsstelle ist man in sozialdemokratischen Kreisen weitgehend einverstanden, zumal sich wiederholt gezeigt hat, dass leitende Beante dieser Stelle ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind.

Auf sozialdemokratischer Seite besteht gewiss keine besondere Veranlassung, dem früheren Auswärtigen Dienst in toto Lorbeerkränze zu winden, geschweige denn den Angehörigen des Kössener SC. Aber es ist unsinnig, eine generelle Verurteilung vorzunehmen, wie solche summarische, kollektive Wertungen überhaupt abzulehnen sind. Das trifft im vorliegenden Fall umso mehr zu, als die Mehrzahl der jetzt übernommenen Personen technische Beante ohne besondere politische Funktions-Bedeutung gewesen sind. Auf's Ganze gesehen, ist das Verhältnis zwischen "Alten" und "Neuen" in den bisherigen Auslandsvertretungen 1 : 5.

Im Grunde ist es aber ja nicht die Zugehörigkeit zum früheren Auswärtigen Dienst, welche den Abgeordneten Reismann erregt hat, sondern, wie gesagt, ihre Mitgliedschaft bei einem als exklusiv bekannten Korps, dem - und das ist der eigentliche Grund - Katholiken aus bestimmten Gründen nicht beitreten konnten und können. Mit anderen Worten: Dr. Reismann wünscht eine noch stärkere Berücksichtigung des katholischen Elementes auch bei der Besetzung dieses Amtes, bei dem eine auf überparteiliche, überkonfessionelle und in allererster Linie auf demokratische Zuverlässigkeit und fachliche Qualifikation abgestellte Zusammensetzung vielleicht eine noch dringendere Notwendigkeit ist als bei jedem anderen Amt.

Über diese Attacke gegen den Kössener SC wird nur auf dem Vorfeld des grösseren Kampfes für die katholischen Verbände, den CV und den KV geführt. Gewiss hat der Kössener SC immer dafür gesorgt, nach Möglichkeit durch seine älteren den jüngeren Mitgliedern Posten zu verschaffen. Bei den genannten katholischen Verbänden hat es sich aber nie allein darum gehandelt. Für sie kam es darüber hinaus stets darauf an, einen militanten, kämpferischen Katholizismus zu pflegen

und ihm zum Siege zu verhelfen. Die Tatsache, dass jemand nur gläubiger Katholik war, hat für solche Zwecke nie ausgereicht.

Aus diesem Zusammenhang ist auch die zentrale Position zu bewerten, die Ministerialdirektor Globke im Bundeskanzleramt inne hat, der in der Bonner Bürokratie den bezeichnenden Spitznamen "des Kanzlers Sicherheitshauptamt" trägt. Er unterhält Querverbindungen zu allen Ministerien und wichtigen Ämtern mit dem Zweck, in einer möglichst weiten Personalbereich die unbedingte katholische Priorität durchzusetzen. Es ist immer wieder schlechthin unbegreiflich, wie ein Mann gerade in der Personalpolitik der jungen deutschen Republik eine zentrale Figur sein kann, der sich auf einem der scheusslichsten Sondergebiete nationalsozialistischer Betätigung, der Rassengesetzgebung, so sichtbar exponiert hat.

Jedenfalls ist aus dem Anlass der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses gegen den Reismann-Artikel noch einmal besonders nachdrücklich zu sagen, dass eine Zusammensetzung des Auswärtigen wie die jedes anderen Dienstes von der gleichen Bedeutung nach konfessionellen Gesichtspunkten eine vollkommene Unmöglichkeit sein muss. Massgebend dürfen allein die erwähnten Gesichtspunkte der demokratischen Zuverlässigkeit und der fachlicher Befähigung sein. In der Theorie hat der Bundeskanzler auch seinerzeit, als ihm der erste Plan für den Aufbau einer auswärtigen Dienststelle vorgelegt wurde, diesen Grundsatz zugestimmt. Die Praxis soll nach dem Wunsche der katholischen Aktivisten, wie sie auch vor allem in einer bestimmten Gruppe der CDU-Fraktion zu finden sind, anders aussehen. Man wird mit grosser Wachsamkeit darauf achten müssen, ob man nicht auch nach der jetzt erfolgten offiziellen Zurückweisung solcher Bestrebungen alsbald wieder in der gleichen Richtung vorstossen wird.

Plevens Absichten in Washington

A.P., Paris, im Januar

Plevens Besuch in Washington ist alles andere als eine diplomatische Überraschung und wird wahrscheinlich auch kaum zu sensationellen Ergebnissen führen. Er ist schon lange geplant und erforderte lediglich einige vorherige greifbare französische Beschlüsse auf dem

Gebiete der militärischen Verteidigung. Da das Datum dieser Reise nach dem Besuch Eisenhowers in Paris festgesetzt wurde, darf man annehmen, dass der Oberbefehlshaber der zukünftigen westeuropäischen Streitkräfte mit den französischen Bemühungen auf militärischer Ebene nicht ganz unzufrieden war.

Diplomatisch ist der Wunsch Flevens, sich persönlich mit Truman zu unterhalten, eine Antwort auf die letzte Reise Attlees nach Washington. Paris erweist sich gegenüber britischen Sonderverhandlungen mit den USA stets als besonders empfindlich und ist zumindest in vielem der Ansicht, es sei viel mehr geeignet als London, im Namen Europas zu sprechen und die kontinentalen Interessen zu vertreten. Aus diesem Grunde dürften bei den Washingtoner Besprechungen zwischen Flevens und Truman auch die europäischen Fragen im Vordergrund stehen, unter anderem der Schuman-Plan sowie die Bildung einer europäischen Armee. Daneben wird der französische Ministerpräsident bestrebt sein, jenseits des Ozeans eine Reihe von Rückversicherungen zu erhalten, sowohl wirtschaftliche wie strategische. In die erste Gruppe gehört die finanzielle Unterstützung für die französische Wiederaufrüstung sowie die noch keineswegs zufriedenstellend gelöste Rohstofffrage.

Frankreich steht der britisch-amerikanischen Interessengemeinschaft in der internationalen Rohstoffregelung misstrauisch gegenüber und will sich nicht mit dem zunächst platonischen Erfolg zufrieden geben, als Dritter in das internationale Rohstoffdirektorium in Washington berufen worden zu sein. Wichtiger als Prestige-Fragen ist Paris eine wirkungsvolle Rohstoff-Kontrolle mit der Hoffnung, die Preise einiger Grundstoffe wieder auf einen vernünftigen Stand zu bringen.

Die strategischen Rückversicherungswünsche treffen sich weitgehend mit den deutschen Bedenken. Paris denkt bei der Behandlung der deutschen Wiederaufrüstung in erster Reihe an die etwaigen russischen Reaktionen. Keineswegs davon überzeugt, dass die Sowjet-Union einen endgültigen Beschluss ohne weiteres hinnehmen wird, möchte es daher wissen, in welcher Weise die Vereinigten Staaten für die europäischen Staaten das vielleicht unvermeidliche Risiko ausschalten wol-

len. Ein weiterer militärischer Punkt ist Indochina, wo Frankreich trotz der inzwischen angelaufenen amerikanischen Waffenhilfe noch den Eindruck hat, weitgehend allein und auf eigene Rechnung westliche Interessen zu verteidigen.

Unabhängig von allen aktuellen Angelegenheiten muss Flevens Amerika-Reise als der Versuch einer weltpolitisch-diplomatischen Initiative angesehen werden. Frankreich möchte sich aktiver in die beabsichtigten Verhandlungen im Fernen Osten einschalten, aus denen es sich durch das zur Zeit nicht allzu beliebte Grossbritannien verdrängt sieht.

- - - -

Überwiegend Pförtner, Botengänger usw.

sp. Die beste Medizin ist Arbeit. Dieses Wort von Flaubert, auf die heutigen sozialen Bedürfnisse unserer Kriegsoffer übertragen, ist neben der reinen Rentenversorgung das wichtigste Argument zur Eingliederung der Schwerbeschädigten in den normalen Wirtschaftsprozess. Die gesetzliche Handhabe dazu bietet das aus dem Jahre 1923 stammende sog. Schwerbeschädigten-Gesetz, das den Arbeitgebern (auch Behörden) auferlegt, einen gewissen Prozentsatz ihrer Angestellten und Arbeiter aus den Kreisen der Schwerkriegsbeschädigten zu nehmen. In der Bundesrepublik hat dieses alte Reichsgesetz eine sehr verschiedene Auslegung erfahren. So gilt in Bayern und im südlichen Raum z. Bt. ein Einstellungsoll von 6-10%, während die britische Zone mit Prozentsätzen zwischen 2 und 4 offensichtlich zu niedrig liegt. (Allein in Nordrhein-Westfalen sind noch etwa 14 000 Schwerbeschädigte ohne Arbeit).

Der Bundestag beschloß am 4. November 1949, dass bei sämtlichen Bundesdienststellen mindestens 10% der Arbeitnehmer aus den Kreisen der Schwerbeschädigten eingestellt werden müssten. Was ist daraus geworden? Gewiss, man hat Schwerbeschädigte eingestellt. Leider zum überwiegenden Teil aber nur in untergeordneten Stellen als Pförtner, Botengänger usw.

Als die SPD im April die Frage an die Regierung richtete, wie sie ihrer Pflicht nachgekommen sei, berichtete Staatssekretär Sauerborn, daß bei den Bundesdienststellen 7,7% Schwerbeschädigte eingestellt worden seien. Der Bundestagsbeschluss hatte aber mindestens 10% gefordert. Bundesarbeitsminister Storch stellte in einem internen Rundschreiben an

die Bundesdienststellen am 11.1.1951 fest, dass im vergangenen Jahr in Bonn 896 Neueinstellungen vorgenommen wurden, unter denen sich nur 36 Schwerbeschädigte befanden. Auf die gesamten Dienststellen umgelegt, bedeutet das, dass von allen Bundesangestellten in Bonn jetzt nur noch 7,1% Schwerbeschädigte sind.

Storch forderte die Bundesdienststellen auf, nun ja recht schnell das 10%ige Schwerbeschädigten-soll zu erfüllen. Es müsse damit gerechnet werden, dass sich der Bundestagsausschuss für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen bald mit diesem Thema befassen werde. Man müsse diesem Vorhaben unbedingt zuvorkommen. Herrn Storch ist nun inzwischen der VdK, die grösste deutsche Kriegsofferorganisation zuvorgekommen; der Verband hat am 17. Januar die Fraktionen des Deutschen Bundestages angerufen, nun endlich dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung ihrer Pflicht und Schuldigkeit nachkomme.

Man kann gespannt sein, wie das neue Schwerbeschädigten-Gesetz aussehen wird, wenn man schon in Bonn nicht einmal ein Zehntel der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten aus den Kreisen der Schwerbeschädigten zu nehmen gewillt ist. - Es gibt in Bonn noch 180 arbeitslose Schwerbeschädigte.

Inzwischen hat die SPD-Fraktion eine neue Interpellation in dieser Frage eingebracht.

+ + +

Wer von der SED ist . . .

sp. Der im Sommer 1950 von der Volkspolizei verhaftete mecklenburgische Pfarrer Aurel von Jüchen wurde jetzt von einem sowjetzonalen Gericht zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Das seiner Familie von den mecklenburgischen SED-Machthabern gegebene feste Versprechen, von Jüchen würde aus Anlass des Geburtstages von Pieck begnadigt werden, wurde nicht gehalten. Es konnte wohl nicht gehalten werden, denn von Jüchen war des schlimmsten Verbrechens angeklagt, das es in der Sowjetzone gibt: "der Bildung oppositioneller Gruppen."

Von den drei evangelischen Pfarrern, die in der SED Mecklenburgs eine hervorragende Rolle spielen, war er unzweifelhaft der menschlich-

sympathischste. Die beiden anderen, Kleinschmidt und Schwarze, sind längst zu den devotesten und eifrigsten, niemals auch nur den leisesten Einspruch wagenden Helfershelfern der totalen Sowjetisierung Mecklenburgs geworden. Auch Aurel von Jüchen war lange Zeit hindurch ein gewiss sehr treuer Anhänger der SED und seine Reden in Veranstaltungen des sogenannten "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" waren fraglos nicht nur platonische Verbeugungen vor der herrschenden politischen Richtung in der Sowjetzone. Er glaubte wirklich, innerhalb dieses brutalen diktatorischen Systems seine Auffassungen als religiöser Sozialist durchsetzen zu können.

Politisch-oppositionelle Gruppen zu bilden: das indes lag nicht in der Art des Aurel von Jüchen. Aber er hatte-sowoit es sein kirchliches Amt anging-viele Freunde und Anhänger. Und das genügt in der Sowjetzone durchaus, um einen an sich missliebigen Mann der Bildung oppositioneller Gruppen zu bezichtigen und ihn zu 25(!) Jahren Gefängnis zu verurteilen.

Über die Rolle des Dompastors Kleinschmidt in diesem Prozess verlautet nichts. Man hat auch nichts davon gehört, dass er seine Stimme für Jüchen erhoben habe.

+ + + + +

Das erfüllte Kartoffel-Soll

sp. "Der Demokrat", das Blatt der CDU Mecklenburg berichtet, wie sich die geplagten Bauern der Ostzone ihres Ablieferungs-Solls entledigen:

"Der Neusiedler hatte Pech mit seiner Kartoffelernte gehabt und konnte sein Soll nicht erfüllen. Bei der VVEAB erfuhr er und etwa 50 bis 60 Bauern: "Kaufen Sie sich doch Kartoffeln und liefern Sie diese ab, Sie können doch kaufen soviel und wo Sie wollen." Gemeint war damit allerdings nur von Erzeugern, die ihr Soll erfüllt hatten. Die Bauern kauften nun aber bei dem Kartoffelgrosshändler Will St. in Ragenow im Laufe der Zeit 140 t Kartoffeln, lieferten diese bei der VVEAB ab, bekamen den Schlußschein für das Ablieferungs-soll und luden die Kartoffeln als Neuzuteilung wieder bei St. ab. Da diese Art der Erfassung gesetzlich verboten ist, standen St. und B. wegen Wirtschaftsverbrechens vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts Schwerin, die St. unter Anrechnung der Untersuchungshaft wegen Wirtschaftsverbrechens zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Entzug der Kartoffelhandelsberechtigung verurteilte. B. erhielt ein Jahr Gefängnis."

+ + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt